

Niederschrift über die Sitzung
am 23.02.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Pamuk
Herr Scholten

SPD-Fraktion

Frau Biermann
Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage -ab 17:50 Uhr-
Herr Remmo

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Acar-Gökce
Frau Adilovic-Berends
Herr Citak
Herr Düger
Frau Düsün
Herr Gügen
Frau Kutluer
Herr Mazaca
Herr Ntarantanis
Herr Sezen
Herr Tas
Frau Xavier
Frau Argyriadou
Herr Sever

Von der Verwaltung

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister
Frau Buddemeier, Frauenbüro
Frau Grewe, Ausländerbeauftragte
Frau Yilmazer, RAA
Herr Grau, ISB
Herr Sag, Interkulturelles Büro-Schritfführer

Entschuldigt fehlen

Frau Pohlreich
Herr Önder
Herr Tasar
Herr Rüter
Herr Koyun

Gäste

Her Jaitner, Bildungsreferent der LAGA

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.01.05

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung am 26.01.05 wird nach Inhalt und Form genehmigt.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Tas teilt mit, dass eine SPD-Veranstaltung zur der Rolle der religiösen Gemeinschaften im Integrationsprozess im Rahmen des interkulturellen Dialogs am 06.04.05, um 19:00 Uhr, im Bezirksamt Brackwede stattfindet. Zur dieser Veranstaltung lade er die Anwesenden ein. Sie werde vom Arbeitskreis „Migration“ des Unterbezirk der Bielefelder SPD organisiert und durchgeführt.

Frau Buddemeier macht auf das Programm des Internationalen Frauentags aufmerksam. Im Rahmen der Frauenfilmwoche werden Filme aufgeführt, die u.a Frauenwahlrecht thematisieren. Am Samstag, 06.03.05 werde ein Film über illegale Einwanderinnen gezeigt. Den Mitgliedern wird ein Flyer zum Programm verteilt.

Frau Grewe teilt mit, dass ein ständiger Sitz des Bielefelder Flüchtlingsrates im Migrationsrat nach der geltenden Satzung leider nicht möglich sei. Es bestehe aber die Möglichkeit Themen, die Flüchtlinge unmittelbar betreffen, in den Sitzungen zur Sprache bringen.

Ferner macht sie die Mitglieder auf die Neufassung des „Handbuch für Deutschland“ von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration aufmerksam.

Herr Sever verteilt die Mitgliederliste der Arbeitsgruppen „Soziales“ und „Bildung“. Die Einladung an die Mitglieder der jeweiligen Arbeitsgruppe erfolge in den nächsten Tagen. Zunächst werde der Vorstand die Arbeitsgruppen leiten.

Darüberhinaus berichtet er über die Bemühungen bei der Benennung von Straßennamen in der Neusiedlung Breipohls-Hof. Am Anfang des Planungsprozesses habe die Verwaltung einen großen Wert auf die Beteiligung der potentiellen Bewohner gelegt, so dass die Mitglieder des alten Ausländerbeirates aktiv mitwirkten. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch an den Ausländerbeirat herangetragen, er möge Vorschläge für Namensbenennung unterbreiten. Denn das neue Wohngebiet sollte modern, weltoffen sein und eine interkulturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft aufweisen. Für die Mitglieder sei die Namensbenennung von Straßen eine klassische Beispiel der symbolischen Integration von ethnischen Gruppen in die Gesellschaft bzw. deren Anerkennung.

Der Ausländerbeirat wurde initiativ und habe einige Vorschläge gemacht, aus denen die Bezirksvertretung einen Namen wählen könnte. Er habe darüber mit den Vertretern der Fraktionen Gespräche geführt. Die Bezirksvertretung habe die Vorschläge leider nicht berücksichtigt. Die Straßen trügen nun Namen wie "Kartoffelweg, Rübenfeld, Maisfeld".

Frau Argyriadou berichtet vom Treffen der Vorsitzenden der Migrationsräte bei der Bezirksregierung Detmold. Herr Regierungspräsident Wiebe habe seine Bereitschaft bekundet, die Arbeit des Gremiums zu stärken. Schwerpunkt der Aktivitäten ziele auf der Verbesserung der Schulerfolge. Weitere Zusammenkünfte würden in bestimmten Abständen stattfinden.

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Herrn Sever vor.

Herr Grau vom Immobilienservice -ISB- beantwortet die Fragen wie folgt:
zu 1)

Grundsätzlich erhalte nur der Bewerber ein Grundstück, der noch nicht über Immobilieneigentum verfügt. Es werde weiterhin die Angabe des monatlichen Familieneinkommens der Bewerber verlangt, da geprüft werden müsse, ob die Bewerber finanziell so gestellt seien, dass sie bauen können.

zu 2)

Der Hauptausschuss der Stadt habe zu berücksichtigende Kriterien mit Wirkung ab dem 01.12.2000 beschlossen. Im Bezug auf Neubaugebiete sei das Ziel, eine harmonische und gut funktionierende Sozialstruktur und damit eine stabile Nachbarschaft sicherzustellen. Was darunter zu verstehen sei, habe die Politik nicht gesagt. Dieses bleibe der Interpretation der Verwaltung überlassen. Wobei dies generell schwierig zu verwirklichen sei, weil niemand in die Köpfe der Bewerber schauen könne. Es könne nicht jeder Nachbarschaftskonflikt von vorneherein ausgeschaltet werden. So müsse es auch möglich sein, dass Familien mit mehreren Kindern das Bauen ermöglicht und von der Stadt unterstützt werde.

Ein wichtiges Kriterium sei, dass der Anteil der Aussiedler und Ausländer in einem Gebiet nicht zu hoch ist. So wurde festgelegt, dass mindestens 50% der Bauherren in einem Baugebiet Einheimische sein müssen, d.h. Bewerber, die nicht dem Personenkreis der Aussiedler und Ausländer angehören und möglicherweise hier geboren seien. Dieses werde unabhängig von der Staatsangehörigkeit geprüft. Als Anhaltspunkt für eine Integration, die Voraussetzung für eine Bewerbung und Bezeichnung als „Einheimische“ sei, werde ein Zeitraum von mindestens 20 Jahren angenommen, die der Betreffende in Deutschland wohnen müsse. Aber auch dann sei ein persönliches Gespräch erforderlich, um einen endgültigen Eindruck zu erhalten, Ausnahmen von dieser Regelung (mind. 20 Jahre Aufenthalt) könne es natürlich immer geben.

Bis zu 25% der Grundstücke seien nach sozialen Kriterien zu vergeben. Die Bewerber erhalten entsprechende Punkte. Entsprechend der Punktzahl werden sie aufgelistet und können sich in dieser Reihenfolge ein Grundstück aussuchen.

Die restlichen 75% der Grundstücke müssten nach anderen Kriterien vergeben werden, diese seien aber von der Politik nicht festgelegt worden.

zu 3)

Konflikte seien bis heute wenig bekannt. Grundstücke werden an die Bevölkerungsgruppen gemischt vergeben. Im Vorfeld sei es bisweilen zum Verzicht auf ein Grundstück gekommen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Nachbar einer anderen Bevölkerungsgruppe angehören würde. Darüberhinaus tauche z.Z. in einem Baugebiet zum ersten Mal ein Problem auf, weil „Einheimische“ die Quote der Mitbewohner aus dem Kreise der Aussiedler und Ausländer auf 25% der Grundstücke beschränkt haben wollen.

Herr Sever beanstandet, dass die Vorgaben nicht genug präzisiert seien. Die Auslegung der Vergabekriterien hänge von der subjektiven Bewertung von einzelnen Sachbearbeitern ab. Sowohl die Unterscheidung zwischen „Einheimische“ und „Ausländer“ als auch das Kriterium für eine akzeptable Integration sei beliebig zu interpretieren. Er sehe die Notwendigkeit, die Frage erneut im Migrationsrat zu thematisieren.

Frau Cascante unterstreicht die Schwierigkeit der Schaffung einer angemessenen Sozialstruktur in der Konflikte zu vermeiden seien.

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 4 Benennung einer Delegierten für die Mitgliederversammlung der LAGA und eines Stellvertreters für den Seniorenrat

In der vergangenen Sitzung konnten beide Gremien nicht besetzt werden. Frau Vorsitzende Agyriadu bittet die Mitglieder dem Vorschlag zu zustimmen.

Beschluss:

Der Migrationsrat benennt Frau Kyriaki Argyriadou als Teilnehmerin an der Mitgliederversammlung der LAGA und Herrn Celal Görülmez für den Seniorenrat.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 5 Einrichtung einer Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Agyriadou erklärt, dass zur der Verbesserung der Zusammenarbeit des Migrationsrates mit der Basis eine Bürgerfragestunde eine wichtige Grundlage biete. Die Betroffenen erhielten dadurch die Möglichkeit, ihre Fragen und Anregungen unmittelbar an ihre politischen Repräsentanten heranzutragen. Sie bittet dem folgenden Beschluss zu zustimmen.

Beschluss:

Der Migrationsrat richtet eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner vor Beginn der Sitzungen, jeweils von 17:00 Uhr bis 17:30 Uhr, ein.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

Zu Punkt 6

Zukunft in der Vielfalt-Bielefelder Girls' Day 2005

"Girls-Day"

Frau Vorsitzende Agyriadou begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Gündogdu (Schirmfrau des Girls' Day 2005). Frau Sonnenberg stellt das Motto des diesjährigen Bielefelder Girls' Day „Zukunft in der Vielfalt“ vor. Am 28.04.05 öffnen in Bielefeld zum Girls' Day Unternehmen, Betriebe und Hochschulen zum fünften Mal ihre Türen für Mädchen der Klassen 5 bis 10, um ihnen einen Einblick in die Berufswelt, insbesondere auch in technische Berufsfelder, zu geben. Frau Sonnenberg weist auf die als Tischvorlage verteilten Informationsmappen hin, aus der Einzelheiten der Veranstaltungsreihe rund um den Girls' Day entnommen werden können.

Frau Gündogdu ergänzt die Ausführungen, indem sie auf das Ziel, dass alle Mädchen in Zukunft die gleichen Chancen bei der Berufswahl haben sollen, hinweist. Bisher seien diese - trotz nachweislich besserer Schulabschlüsse - gegenüber den Jungen bei der Berufswahl immer noch benachteiligt. Lobend hebt sie hervor, Bielefeld habe in der Region eine Vorreiterrolle in der Migrationsarbeit. Trotz aller bisherigen Bemühungen müssten aber weiterhin große Anstrengungen unternommen werden hinsichtlich der Aufklärungsarbeit in den Familien und Betrieben, um die Chancen der Mädchen auch auf eine technische Ausbildung zu erhöhen.

Frau Gündogdu und Frau Sonnenberg bitten die Mitglieder des Migrationsrates die Idee des Girls' Day zu unterstützen und Werbung bei ihnen bekannten Firmen und Betrieben zu machen, damit diese ihre Türen am 28.04.05 für die Mädchen öffnen. In diesem Zusammenhang sei es das Mitwirken, bzw die Teilnahme ausländischer Unternehmen sehr wichtig. Es hätten sich bis heute leider nicht viele Unternehmer zu der Veranstaltung am 28.04.05 gemeldet.

Vorsitzende Frau Agyriadou bittet alle Mitglieder um tatkräftige und idelle Unterstützung.

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Zu Punkt 7 Die Schulerfolge von Migrantinnen und Migranten verbessern

Herr Jaitner stellt am Anfang seiner Ausführungen mit dem Hinweis auf die Ergebnisse der PISA-Studie fest, dass der Anteil extrem schwacher Leser auf 20 Prozent gestiegen sei. Fast 50 Prozent der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien überschritten im Lesen nicht die elementare Kompetenzstufe 1, obwohl über 70 Prozent von ihnen die deutsche Schule vollständig durchlaufen hätten. Nach den Befunden schienen sich sprachliche Defizite auch in den Sachfächern auszuwirken, so dass Personen mit unzureichendem Leseverständnis in allen Bildungsbereichen Kompetenzerwerb beeinträchtigt seien. Für Kinder aus Zuwandererfamilien sei die Sprachkompetenz die entscheidende Hürde in ihrer Bildungskarriere.

Was müsse zur Verbesserung der Schulerfolge unternommen werden?
(s. Anlage)

Es melden sich zum Wort Frau Cascante, Herr Gügen, Frau Biermann, Herr Mazaca, Herr Remmo, Frau Rathsmann-Kronshage, Herr Düger, Herr Pamuk. Frau Vorsitzende Argyriadou betont, dass das Thema Schulerfolge auch in der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung steht. Sie dankt allen Teilnehmern für die rege Diskussion.

* Migrationsrat - 23.02.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Vorsitzende

Schriftführer